

Zum Energiechaos der Regierung Merkel

# Strompreise bremsen – Energiewende sichern

Die Strompreise steigen. Haushalte und Industrie spüren die steigende Belastung. Als Antwort will die Bundesregierung der Energiewende den Stecker ziehen. Neu- und Bestandsanlagen bei Erneuerbaren sollen Einbußen bei der Einspeisevergütung hinnehmen. Auch die stromintensive Industrie wird zur Kasse gebeten. Die Konsequenz: Das Ende der Energiewende. Werden die Maßnahmen der Bundesregierung Realität, wäre ein faktischer Neubaustopp die Folge. Die Industrie als Motor unseres Wirtschaftserfolgs würde getroffen. Dringend erforderliche Investitionen würden unterbleiben, Arbeitsplätze wären gefährdet. Und die Verbraucher würden dennoch kaum entlastet.

Die SPD will eine intelligente Senkung von Energiekosten. Wir fordern eine Senkung der Stromsteuer. Das wahrt Investitionssicherheit, sichert Arbeitsplätze und schafft Entlastung für private Haushalte und Unternehmen. Merkels Energiechaos kommt Deutschland teuer zu stehen. Politische Steuerung und Koordinierung der Energiewende sind überfällig. Kompetenzen sind zu bündeln. Die Abstimmung von Bund und Ländern ist zu leisten. Für mehr Investitionssicherheit brauchen wir ein neues „Strommarkt-Design“. Drei Ziele sind vorrangig: Senkung des Energieverbrauchs, kostenoptimaler Ausbau der Erneuerbaren und Sicherung von Kraftwerkskapazitäten, die Schwankungen ausgleichen.

## Inhaltsverzeichnis

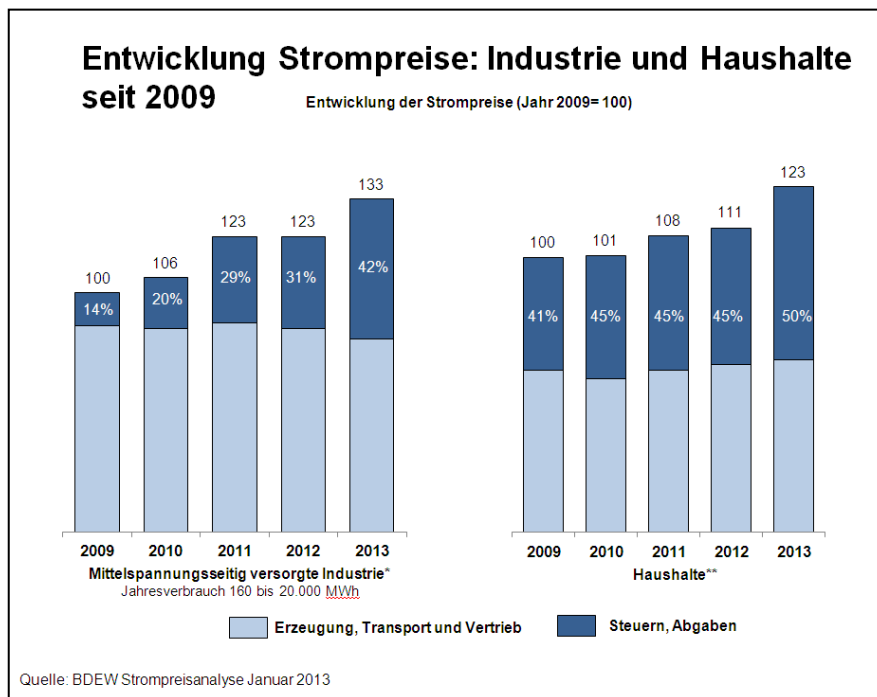
<b>1. Warum wir handeln müssen: Zukunftsrisiko Strompreise .....</b>	<b>1</b>
1.1. Strompreise steigen .....	1
1.2. Belastung für Industrie und Haushalte.....	2
1.3. Gründe für die jüngsten Strompreissteigerungen .....	3
<b>2. Das schwarz-gelbe Energie-Fiasko .....</b>	<b>5</b>
<b>3. Unser Konzept: Strompreise bremsen – Energiewende sichern .....</b>	<b>6</b>

## 1. Warum wir handeln müssen: Zukunftsrisiko Strompreise

### 1.1. Strompreise steigen

Die Strompreise steigen. Für die Haushalte unter schwarz-gelber Ägide um 23 Prozent; für die Industrie sogar um 33 Prozent (vgl. Abbildung 1). Insbesondere die Belastungen durch Steuern, Abgaben und Umlagen auf Strom haben seit 2009 drastisch um 53 Prozent zugenommen. Schon heute zählt Deutschland damit zu den Ländern mit den höchsten Strompreisen in Europa. Tendenz weiter steigend.

Abbildung 1: Entwicklung Strompreise: Industrie und Haushalte seit 1998



## 1.2 Belastung für Industrie und Haushalte

Steigende Strompreise belasten Industrie und Haushalte in mehrfacher Hinsicht. Für die **Industrie** bedeuten Preissteigerungen für Energie, die nicht durch Effizienzgewinne wettgemacht werden können, einen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Das gilt umso mehr in einem internationalen Umfeld, in dem Strom und Energie günstiger werden. Der aktuelle Schiefergas-Boom in den USA ist nur die jüngste Entwicklung, die den Preis für konventionelle Energieerzeugung zumindest kurzfristig drückt. Doch auch ohne Schiefergas-Boom stehen deutsche Unternehmen im internationalen Vergleich bei den Stromkosten nicht gut da: Hierzulande zahlt die mittelständische Industrie, die nicht von Umlagen befreit ist, ca. 12 Cent/kwh; in Frankreich zahlt die Industrie – staatlich subventioniert – nur ca. 6 Cent pro kwh.

Auch für **private Haushalte** nimmt die Belastung durch steigende Strompreise zu. Die Deutschen müssen einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für Wohnungs- und Energiekosten ausgeben. Der Anteil der Ausgaben stieg zwischen 1969 und 2009 von 11,8 Prozent auf 19,7 Prozent. Energiepreise steigen schneller als Preise anderer Güter: Während sich die Preise für alle Waren und Dienstleistungen seit Anfang 2005 insgesamt um knapp 14 Prozent verteuerten, stiegen die Preise für Energieträger inklusive Benzin im gleichen Zeitraum um mehr als 48 Prozent.

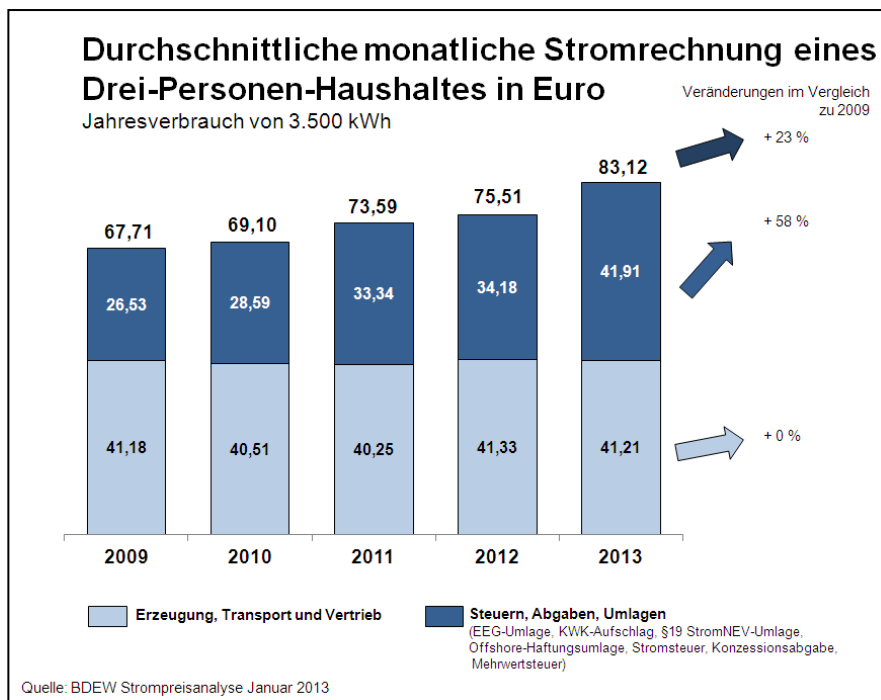
**Entscheidend ist, dass steigende Strompreise die Gering- und Mittelverdiener stärker belasten als Besserverdiener.** Mit steigendem Einkommen reduziert sich der Anteil von Strom an den gesamten

Konsumausgaben deutlich.<sup>1</sup> Damit wirkt sich jede Strompreiserhöhung überproportional zu Lasten der Geringverdiener aus.

### 1.3 Gründe für die jüngsten Strompreissteigerungen

Betrachtet man die Entwicklung der einzelnen Komponenten des Strompreises, so kann der Aufwuchs in Steuern und Abgaben als ein Haupttreiber für den Strompreisanstieg verantwortlich gemacht werden. Hinzu kommt ein falsches Marktdesign, das die Kostenvorteile der Erneuerbaren nicht an die Stromkunden weitergibt. Wie aus Abbildung 2 hervorgeht, sind die Kosten für Steuern, Abgaben und Umlagen seit 2009 um 58 Prozent gestiegen. Bei nahezu konstanten Kosten für Erzeugung und Transport, ist der Strompreis für einen Drei-Personen-Haushalt unter Schwarz-Gelb um 23 Prozent gestiegen.

Abbildung 2: Stromrechnung für Haushalte



Auch wird deutlich, dass der Staat in erheblichem Umfang von den Preissteigerungen profitiert hat, insbesondere durch das Aufkommen der Mehrwertsteuer: **Im Jahr 2013 wird der Staat allein aufgrund der MwSt. auf die EEG-Umlage rund 1,8 Milliarden Euro einnehmen**; das ist mehr als sechsmal so viel wie noch 2006, als das Aufkommen rund 280 Millionen Euro betrug.

<sup>1</sup> DIW Wochenbericht, Nr. 41, 2012.

Ein Drei-Personen-Haushalt zahlt inzwischen 185 Euro pro Jahr für die EEG-Umlage, die zuletzt auf 5,277 Cent/kwh anstieg. Verantwortlich für den Anstieg der EEG-Umlage sind im Wesentlichen vier Gründe:

**Erstens** der Ausbau der Erneuerbaren: Sie hatten im Jahr 2000 einen Anteil von 6,4 Prozent am Bruttostromverbrauch. Bis zum ersten Halbjahr 2012 ist der Anteil auf 25 Prozent angestiegen. Mit steigendem Anteil der Erneuerbaren wachsen die Zahlungsverpflichtungen aus der Einspeisevergütung und mit ihnen die EEG-Umlage. Durch das politische Chaos von Schwarz-Gelb stieg die Umlage doppelt so schnell wie die ausgeschüttete Einspeisevergütung.

**Zweitens:** Mit steigendem Anteil der Erneuerbaren sinkt der Börsenpreis. Das aber erhöht die EEG-Umlage, die sich aus der Differenz zwischen Einspeisevergütung und Börsenpreis errechnet. Je geringer der Börsenpreis, umso höher die EEG-Umlage. Mit anderen Worten: Der Erfolg der Erneuerbaren wird nicht an die Verbraucher weitergegeben.

**Drittens:** Die starke Ausweitung von Befreiungen von der EEG-Umlage für die Industrie durch die Regierung Merkel hat dazu geführt, dass inzwischen auch ungerechtfertigte Privilegien vergeben werden. Mit den von der Regierung Merkel eingeführten Privilegien bei der Befreiung von der EEG-Umlage kommen inzwischen auch solche Unternehmen in den Genuss einer Befreiung, die gar nicht im internationalen Wettbewerb stehen.

**Viertens:** Auch der notwendige Ausbau der Netzinfrastruktur führt zu einer Erhöhung des Strompreises. Denn der Ausbau der Netze wird über die Netzentgelte finanziert, die rund 20 Prozent des Strompreises ausmachen. Bis 2030 müssen voraussichtlich mindestens 70 Milliarden Euro in die Übertragungs- und Verteilnetzebene investiert werden; das wird zu spürbaren Preissteigerungen führen, wobei Modernisierungsinvestitionen auch ohne Ausbau der Erneuerbaren erfolgen müssten.

Zusätzlicher Kostendruck dürfte perspektivisch aus den Umwälzungen am Strommarkt resultieren. In einem System mit einem steigenden Anteil Erneuerbarer Energien sinken aufgrund des Einspeisevorrangs und des Merit-Order-Effekts (d. h. günstige EE-Anlagen verdrängen teure konventionelle Kraftwerke vom Strommarkt) die Betriebsstunden von konventionellen Kraftwerken und damit deren Wirtschaftlichkeit. Der daraus resultierende Investitionsstagnationismus und die Gefahr der Stilllegung bei konventionellen Kraftwerken birgt ein Risiko für die Versorgungssicherheit. Denn **solange Erneuerbare Energien nicht in der Lage sind, Strom bedarfsgerecht zu liefern, müssen auch weiterhin hocheffiziente regelbare Kraftwerke oder Speicher zur Verfügung stehen.** Vor diesem Hintergrund sind das System der Strompreisbildung und das Marktdesign unter den Prämissen größtmöglicher Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit grundlegend neu zu konzipieren.

Ein herausragendes strategisches Ziel bleibt die **Steigerung der Energieeffizienz** und die Einsparung von Energie. Denn der günstigste Strom ist der, der erst gar nicht verbraucht wird. Energieeffizienz ist aber nicht nur im Interesse niedriger Strompreise – auch der Innovationsstandort Deutschland profitiert davon. Nicht nur im Verkehrsbereich und im Wohnungsbau, sondern auch in den so genannten Querschnittstechnologien (z. B. Beleuchtung, Kühlung, Pumpen, Motoren, Druckluft) stehen innovative Technologien zur Verfügung die den Strombedarf drastisch vermindern. Insbesondere die Gebäudesanierung bietet noch immer große Potentiale zur Energieeinsparung. Von den Bauaufträgen profitieren vor allem örtliche Handwerksbetriebe aus dem Mittelstand. Die Mittel sollen zweckgebunden mit geringem Verwaltungsaufwand zur Verfügung gestellt werden. Und der Ausbau der de-

zentralen, effizienten und klimafreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist ein wesentlicher Beitrag zur Erreichung der Energie- und Klimaschutzziele. Wir wollen die Anreize für den Ausbau der KWK durch Unternehmen und Privatpersonen setzen und für die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen für Nah- und Fernwärme schaffen.

## 2. Das schwarz-gelbe Energie-Fiasko

Der Anstieg der Strompreise ist nur der jüngste Indikator für das energiepolitische Versagen der Regierung Merkel. Die Energiewende droht ins Stocken zu geraten und ihre Akzeptanz zu verlieren. Die zentralen Eckpfeiler unserer Energieversorgung – Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von Energie – geraten ins Wanken. Ein Mangel an Koordination auf Bundesebene hat dazu geführt, dass es in Deutschland keine einheitliche und abgestimmte Energiepolitik zwischen Bund, Ländern und den Akteuren der Energiewende gibt. Hinzu kommt die fehlende Abstimmung mit den europäischen Partnern. Das Ergebnis sind Investitionsrisiken und Planungsunsicherheit. Damit gefährdet die schwarz-gelbe Bundesregierung die Entwicklung einer bezahlbaren, sicheren und sauberen Energieversorgung in Deutschland. **Eine der größten industriepolitischen Chancen Deutschlands – der Aufbau einer wettbewerbs- und zukunftsfähigen Energieinfrastruktur – wird so leichtfertig verspielt.**

Was will die Bundesregierung? In Kürze: Sie will die Einspeisevergütung für Neu- und Bestandsanlagen bei Erneuerbaren kürzen und die Befreiungen von energieintensiven Unternehmen von der EEG-Umlage zusammenstreichen. Das unausgesprochene Ziel dieser Vorschläge ist es, den Ausbau der Erneuerbaren zu stoppen. Das sieht selbst das Bundeswirtschaftsministerium so: In einer internen Einschätzung wird vorausgesagt, dass Altmaiers Vorschläge zu einem „faktischen Neubaustopp“ der Erneuerbaren führen werden.

Die derzeit diskutierten Eckpunkte von Bundesumwelt- und Wirtschaftsminister zur Novelle des EEG verschlechtern das Investitionsklima in Deutschland weiter. **In einer noch nie dagewesenen Weise wird der Bestandsschutz – ein Eckpfeiler unserer rechtsstaatlichen Grundordnung – angegriffen.** Trotz gesetzlich garantierter Einspeisevergütung sollen alle Bestandsanlagen bei den Erneuerbaren auf einen Teil ihrer Ansprüche verzichten. Bereits am Tag der Veröffentlichung der Eckpunkte haben verschiedene Finanziere von Windparkprojekten ihre Finanzierungszusagen auf Eis gelegt. Bereits geschlossene Verträge werden rückabgewickelt, was mit erheblichen Verlusten verbunden ist. Auch auf Seiten der industriellen Unternehmen herrscht große Unsicherheit. Zwar haben die Minister für Änderungen an der besonderen Ausgleichsregelung ein Einsparvolumen von 700 Millionen Euro identifiziert; jedoch ohne konkrete Zahlen für die neu zu gestaltenden „Selbstbehalte“ der betroffenen Unternehmen zu nennen. Unseriöser kann Politik kaum sein.

Und dies alles ohne Nutzen für die Verbraucher. Sollten die im Eckpunktepapier genannten Maßnahmen tatsächlich realisiert werden, könnte für nichtprivilegierte Kunden die EEG-Umlage um rund 0,43 Cent / Kilowattstunde sinken. Hier stehen Schaden und Nutzen in keinem Verhältnis. Statt der seit drei Jahren üblichen Reparaturgesetze und energiepolitischen Flickschusterei kann die Energiewende nur mit einem Gesamtkonzept und mit aufeinander abgestimmten Gesetzesnovellen für alle Kunden bezahlbar umgesetzt werden.

Die Folge der Strompreisbremse à la Schwarz-Gelb ist absehbar: Investoren werden sich zurückziehen; Banken werden Kredite restriktiver vergeben und damit zukünftig Projekte unattraktiver machen; und betroffene Anlagenbetreiber werden gegen den Eingriff in den Bestandsschutz klagen. Hinzu kommen erhebliche Belastungen für Neuanlagen, die zukünftig ebenfalls auf einen Teil ihrer Einspeisevergütung verzichten müssen. Kurzum: Die Belastung von Bestandsanlagen ist nicht nur mit großen rechtlichen Unwägbarkeiten verbunden, sondern schafft auch ein hohes Maß an Planungsunsicherheit.

Auch bei der Befreiung der Industrie vollzieht die Bundesregierung einmal mehr eine unberechenbare Kehrtwende. Erst 2010 schuf sie zusätzliche Privilegien bei der Befreiung von der EEG-Umlage. Damals befreite man auch Unternehmen mit deutlich geringerem Energieverbrauch von der Umlage. Jetzt will die Regierung das Gegenteil: **Sie will auch diejenigen energieintensiven Unternehmen, die wirklich im internationalen Wettbewerb stehen, deutlich stärker als bisher belasten. Damit unterminiert sie die Grundidee der Befreiungen, die ursprünglich in der Entlastung der im internationalen Wettbewerb befindlichen Unternehmen lag.**

Auch auf die lange Frist ist die Regierung blank: Bis heute hat sie kein Konzept vorgelegt, auf welche Weise langfristig die Strompreise im Zaum gehalten werden und für ausreichende Erzeugungskapazitäten gesorgt wird. Denn die Einschnitte bei Bestands- und Neuanlagen sind keine Basis für ein langfristig tragfähiges Energiekonzept. Ein solches hat die Bundesregierung versäumt, in dieser Legislaturperiode auf den Weg zu bringen.

### 3. Unser Konzept: Strompreise bremsen – Energiewende sichern

Eine wirklich wirksame Bremse der Strompreise ist notwendig - aber nicht auf Kosten von Planungs- und Investitionssicherheit und zu Lasten von Arbeitsplätzen in der Industrie. Entscheidend ist, schon heute die Weichen für ein Maßnahmenpaket zu stellen, dass kurzfristige und mittelfristige Instrumente zur Strompreisdämpfung zur Anwendung bringt.

**Kurzfristig setzen wir uns für eine Entlastung der Stromkunden durch die Einführung eines Grundfreibetrags der Stromsteuer ein. Diese Maßnahme bietet den großen Vorteil, dass sie die Investitionssicherheit bei den Erneuerbaren wahrt und die Industrie nicht zusätzlich belastet.** Sie ist damit jeder kurzfristig wirkenden Maßnahme überlegen, die den Strompreis auf Kosten der Energiewende dämpfen will. Und sie eröffnet auch signifikantes Entlastungsvolumen: Durch einen Grundfreibetrag könnte bereits eine Entlastung von knapp 800 Millionen Euro erreicht werden. Und auch an anderen Stellen könnte die Preisbremse durch weniger Privilegien gezogen werden: etwa durch die Abschaffung der so genannten Managementprämie oder die Rückführung der von der Bundesregierung ausweiteten Befreiung von den Netzentgelten.

Auch geht es darum, nicht länger Verunsicherung zu erzeugen und Vertrauen von Investoren zu zerstören und schon dadurch die Kosten der Energiewende zu erhöhen. Vor diesem Hintergrund ist der geplante Eingriff in die Vergütungsstruktur von Bestandsanlagen zurückzunehmen. **Wir wollen außerdem die Befreiung für Unternehmen von EEG-Umlage und KWK-Umlage wieder auf den Kreis**

**der Unternehmen konzentrieren, die mit hohen Energiekosten im internationalen Wettbewerb stehen und alle betriebswirtschaftlich rentablen Energieeffizienzmaßnahmen durchgeführt haben.**

Auch mittelfristig besteht Handlungsbedarf, um die Energiewende voranzubringen. Das fängt beim Management an: **Die Energiewende wird nur gelingen, wenn die Bundesregierung eine zentrale Koordinierungsfunktion und ein effektives Management wahrnimmt.** Das Nebeneinander von siebzehn Energiekonzepten in Bund und Ländern schadet der Energiewende. Nur ein koordiniertes Vorgehen beim Ausbau der Erneuerbaren wie auch beim Netzausbau erhält Versorgungssicherheit, schafft Investitionssicherheit und bringt die Systemintegration der Erneuerbaren voran. Erforderlich sind deshalb neue Governance-Strukturen, die die Kompetenzen in der Energiepolitik bündeln und eine regelmäßige Koordination und Kooperation zwischen Bund, Ländern und den europäischen Nachbarländern institutionalisieren.

**Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sind zentral, um die Energiewende zu sichern.** Die Wirtschaft kann hier große Produktivitätsgewinne realisieren und sich im internationalen Wettbewerb an die Spitze setzen. Energieeffizienz spart nicht nur Kosten, sie entwickelt das Know-how, damit Deutschland als Ausrüster der Welt in einer neuen Energie-Ära erfolgreich sein kann. Auch in privaten Haushalten muss Energieeffizienz gelingen. Mit effizienten Geräten und verbessertem Nutzungsverhalten können die Stromausgaben stark reduziert werden. Beispielsweise bestehen bei Kühlschränken, der Telekommunikations- und Informationstechnik große Einsparpotentiale sowohl durch moderne Geräte als auch durch effizientere Nutzung.

**Wir wollen die Förderung der Erneuerbaren und das System der Strompreisbildung unter den Prämissen der Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit grundlegend neu konzipieren und aufeinander abstimmen.** Eine grundlegende Reform des Strommarktes und Erneuerbaren-Energien-Gesetzes soll die Erneuerbaren schrittweise marktfähig und kosteneffizient machen, ohne unsere Ausbauziele über Bord zu werfen. **Zugleich müssen wir Vorsorge treffen, damit auch in Zukunft gesicherte Kapazitäten bereitstehen, um die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien jederzeit zu komplettieren.** Das ist zusammen mit der Steigerung der Energieeffizienz und dem Energiesparen entscheidend für das Gelingen der Energiewende.

Wir wollen weiteren Schaden für die Energiewende verhindern. **Vier Jahre heillooses Energiechaos unter Merkel haben bei den betroffenen Marktteilnehmern und in der Bevölkerung den Eindruck hinterlassen, dass die Energiewende scheitert. Die Energiewende ist durch Schwarz-Gelb verteuert worden.** Planungs- und Investitionssicherheit als zentrale Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende ist mit dieser Regierung nicht machbar. Steigende Strompreise, eine unzureichende Netzinfrastruktur und ungesicherte Erzeugungskapazitäten gefährden die Akzeptanz der Energiewende in Gesellschaft und Wirtschaft.